

Aktionseinheit ist die entscheidende Waffe der deutschen Arbeiterklasse

Der IV. Parteitag hat den Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation beraten und ein grundlegendes Dokument darüber beschlossen. Die Delegierten beschäftigten sich in diesem Zusammenhang mit dem entscheidenden Problem: Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, über das Verhältnis der Kommunisten in Westdeutschland und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den sozialdemokratischen Arbeitern wurde auf dem Parteitag gründlich diskutiert. Wir veröffentlichen zu diesem Problem einige der wichtigsten Ausführungen.

Im Rechenschaftsbericht unseres Zentralkomitees sagte Genosse Walter Ulbricht:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unterstützt jede Tätigkeit der Sozialdemokratie, der westdeutschen Gewerkschaften und aller anderen friedliebenden Menschen, die sich gegen die EVG und den Bonner Generalvertrag richtet. Wir begrüßen jede Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, soweit sie der Weiterführung von Viermächteverhandlungen und der Verständigung zwischen den beiden Regierungen und Parlamenten in Deutschland dient. Wenn die sozialdemokratische Führung jedoch vor dem Druck der Bonner Regierung zurückweicht und insgeheim die Schaffung der westdeutschen Wehrmacht unterstützt, dann werden wir sie offen kritisieren.

Dazu sprach in der Diskussion Genosse Otto Winzer, Mitglied des SZentralkomitees:

Die erste Frage, über die wir uns klarwerden müssen, ist die nach den Ursachen der neuen Entwicklung, die sich in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Westdeutschlands und Westberlins anbahnt. Die Hauptursache liegt zweifellos in der weiteren Festigung, im politischen und wirtschaftlichen Aufschwung der Friedensstaaten, allen voran die Sowjetunion. Die Friedenspolitik der Sowjetregierung, die durch ihre Verhandlungen eine Milderung der internationalen Spannungen und durch echte Friedenspakete die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit erreichen will, entspricht dem Wesen einer Gesellschaftsordnung, die in Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte auf die Erzeugung eines Überflusses an Produkten konzentrieren kann, ohne das Herinbrechen einer Wirtschaftskrise fürchten zu müssen.

Der Feind sieht manchmal deutlicher als wir selber, was seiner Kriegspolitik gefährlich ist. Dafür nur ein Beispiel. Am Vorabend der Berliner Außenministerkonferenz schrieb das Hamburger Adenauer-Blatt „Die Zeit“ unter dem Titel „Moskaus Ziele in Berlin“, daß die Nichtangriffspolitik Malenkows nach außen in Verbindung mit einer Wohlstandspolitik im Innern eine Art von kaltem Krieg einzuleiten scheine, der viel gefährlicher wäre als der ganze alte kalte Krieg. Zu der sonderbaren Logik der Adenauer-Leute, daß Nichtangriffspolitik nach außen und Wohlstandspolitik im Innern ausgerechnet kalter Krieg sein sollen, kann nur gesagt werden: Wat dem enen sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall.

Den Adenauer-Leuten scheint die Friedenspolitik der Sowjetunion eben auch deshalb gefährlich, weil sie die Zustimmung und Unterstützung immer breiterer Volksmassen aller Länder findet. Jeder neue konstruktive Vorschlag der Sowjetregierung für die Sicherung des europäischen Friedens, wie die letzte Note zur kollektiven Sicherheit und zum Atlantikpakt, muß auch bei der westdeutschen Bevölkerung und besonders bei der Arbeiterklasse den Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung verstärken.

Hinzu kommt aber noch, daß die Deutsche Demokratische Republik ein fester Bestandteil des Friedenslagers ist und auch für sie — davon zeugt unser Parteitag — die auf Frieden und Wohlstand gerichtete Politik volle Geltung hat, was ihre Autorität in den Augen der Werktätigen steigern muß.

Ein völlig anderes Bild bietet das imperialistische Lager. Aus Furcht vor dem Hereinbrechen einer neuen Krise sabotieren die reaktionärsten USA-Imperialisten jede Regelung strittiger Fragen und suchen krampfhaft, neue Kriegsherde anzufachen. Aber gerade diese hysterischen Treibereien der reaktionärsten amerikanischen Imperialisten sind es, die Westdeutschland und alle europäischen Völker mit neuen kriegerischen Verwicklungen und Abenteuern bedrohen. Die fortschrittliche Entwicklung und Politik des Friedenslagers einerseits und die aggressive Politik des imperialistischen Lagers andererseits ist die tiefste Ursache des Neuen, das wir in der westdeutschen Arbeiterklasse beobachten können. Eben deshalb handelt es sich hier auch nicht um irgendwelche zufälligen vorübergehenden Erscheinungen. Vielmehr werden die objektiven Voraussetzungen für einen entschiedenen Umschwung im Verhältnis zwischen den friedliebenden nationalen Kräften und den militaristischen volksfeindlichen Kräften in Westdeutschland noch weiter anwachsen.

Angesichts dessen kommt alles darauf an, daß wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Kommunisten Westdeutschlands, es verstehen, frei von jedem Sektierertum die Politik der Aktionseinheit breit und wirklich kühn zu entfalten.

Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, daß die Stalinische Lehre von der Strategie und Taktik schematisch und abstrakt ohne Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse und der tatsächlichen politischen Lage in Westdeutschland strapaziert wird. Dieser lebensfremde Schematismus erzeugt ein Sektierertum, das gerade in der gegenwärtigen Situation gefährlich werden muß. Tendenzen dieser Art gab es in manchen Veröffentlichungen in Presse und Rundfunk, bei denen unbesehen die ganze westdeutsche Sozialdemokratie mit Adenauer in einen Topf geworfen wurde. Da sich aber in der Sozialdemokratie Differenzierungen vollziehen, da unter den sozialdemokratischen Anhängern und Funktionären der Wille zum Kampf gegen das Adenauer-Regime, gegen EVG und Militarismus wächst, muß jedes Sektierertum die Entwicklung der Aktionseinheit hemmen und schädigen.

Heute richten sich die Unzufriedenheit und der Unwille breiter Kreise der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter nicht nur gegen die klerikale Reaktion Adenauers, sondern direkt gegen den amerikanischen Imperialismus. Sie beginnen zu erkennen, daß nur durch das Zusammenspiel der antinationalen Kräfte des deut-